

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 täglich erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jung prolet“, „Die rote Sichel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bitterbach, Gottesberg, Nieder-Heermudorf, Gellendorf, Neu-Salabrunn, Weikstein, Wätzigsdorf.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Millimeterzeile od. deren Raum 10 Halbpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeugs- und Bekleidungsanzeigen 8 Halbpennige. — Alle anderen Preise: Die Millimeterzeile 3spaltig oder deren Raum im Text 80 Halbpennige

Montag, 12. Januar 1925.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6 maligen Erscheinen monatlich — — — — — wöchentlich 50 Pf. Einzelne durch Stempelzahl. n. Nr. 116 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebinger Straße 50. — Postfachkonto Breslau Nr. 644 — Fernsprecher: Breslau. 4947.

Neue ungeheuerliche Zuchthausstrafen.

Die Antwort auf den Amnestieruf.

Breslau, 10. Januar.

Nach mehr als sechsstündiger Beratung wurde heute nachmittags vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen die 16 Kommunisten aus Kolberg und Berlin folgender Urteilspruch verkündet: Der Angeklagte Altmeyer zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe, Kressin zu drei Jahren Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe, Potrag zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe, Bielle zu zwei Jahren Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, Strelow zu einem Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Orgas zu einem Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Juste zu einem Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Kiehel zu zwei Jahren Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Frau Horn zu sieben Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, Höpfer zu zehn Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Witten zu sechs Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Bonzel zu neun Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, Brumm zu sechs Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, Krwaczak zu zwei Jahren Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Boewer wurde freigesprochen.

In der Begründung führte Reichsgerichtsrat Hettner aus, daß der Gerichtshof sich im wesentlichen dem Inhalt der Anklageschrift angeschlossen hat. Aus dem Rundschreiben der Kommunistischen Partei vom 15. September, von dem jeder der Angeklagten Kenntnis gehabt hat, geht klar hervor, daß die Tätigkeit der kommunistischen Partei, wie auch schon in früheren Prozessen erwiesen worden ist, auf eine gewaltsame Aenderung der Verfassung abzielt. Der Vorbereitung dieser gewaltsamen Verfassungsänderung sollte die Beschaffung der Waffen dienen. Den Angeklagten mußte zugute gehalten werden, daß damals auch Bestrebungen von rechts im Gange waren, gegen die sie sich wenden zu müssen glaubten. Besonders schwer mußte ins Gewicht fallen, daß ihre Tätigkeit Verfassungserleichterungen in der Reichswehr hervorgerufen hat.

Dieses empörende Zuchthausurteil gegen Arbeiter, gegen die nichts anderes vorliegt, als daß sie schützliche Waffenslager ausgehoben haben, kann selbst nach der bisherigen Praxis dieses Staatsgerichtshofes nicht anders aufgefaßt werden, als daß das Verfahren gegen die 11 Kolberger Arbeiter benutzt wurde.

Das Urteil gegen die 11 Kolberger Arbeiter, die um die Amnestie kämpft, eine freche, provokatorische Antwort zu geben.

Der Staatsgerichtshof will mit diesem Willkürurteil seine Feindschaft gegen jede Amnestie von Proletariern dokumentieren, er will die ganze Meinung der Klassenrichter, das heißt die unglaubliche Begründung, aufordern zu immer härteren Terrorurteilen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird auf diese Kriegserklärung entsprechend antworten. Nun erst recht! Die Amnestie muß erzwungen werden. Den 11 Kolberger Genossen, die jetzt das unehdliche Opfer des gewaltigen Kampfes zwischen Proletariat und Klassenjustiz geworden sind, wie all den übrigen proletarischen Genossen gilt das Gelöbnis:

Wir werden eure Freilassung erzwingen!

Die Befehung der Kölner Zone und die Aufgaben des deutschen Proletariats.

„Landesverrat war seit je das Privilegium der herrschenden Klassen.“ Diese Worte Karl Liebknechts sind heute, am 12. Januar, aktueller als je. Die deutsche Bourgeoisie, die den Verlust deutschen Gebietes, die Verfallung Deutschlands unter dem Ententeimperialismus verschuldet hat, stimmt nun ein Jammer- und Protestschrei an, weil die Entente-Bourgeoisie mit Deutschland umsprang wie der Herr mit seinen Lakaien. Aber dieses Geheul kann niemanden täuschen. Zu sichtbar ist die Schuld der herrschenden Klassen, die diesen Zustand herbeigeführt haben.

Nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Heeres im Jahre 1918 war es die Einheitsfront der kaiserlichen Generale und der sozialdemokratischen „Volksbeauftragten“, die den Verzicht des revolutionären Proletariats, im Bunde mit Sowjetrußland die Freiheit Deutschlands gegen den Entente-Imperialismus zu verkaufen, im Bunde erzielte. Der Vertrag von Versailles war die notwendige Folge. Im Jahre 1923 hat die deutsche Bourgeoisie dem Ruhrwiderstand, den die Arbeiterklasse des Ruhrgebiets mit ungeheuren Opfern auf sich genommen hatte, durch den Vorkriegsstatus des Ruhrgebiets verfehlt. Die Unterwerfung Deutschlands unter die Kolonisation durch den Dawesvertrag war die Krönung dieses Verbrechens. Eine Kette des Verrats, der Preisgabe der Lebensinteressen des arbeitenden Volkes an den Entente-Imperialismus, das ist die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie.

Die Entente-Imperialisten begründen die dem Vertrag von Versailles zuwiderlaufende Fortdauer der Befehung der Kölner Zone mit der Bedrohung ihrer Sicherheit durch die militärischen Rüstungen Deutschlands. Das ist gewiß ein fauler Schwindel! aber — darüber soll man sich nicht täuschen, — ein bei den Massen des französischen und des englischen Volkes durchaus zugänglicher Schwindel. Wenn die deutschen Klassenrichter auch jeden unarmherzig wegen „Landesverrat“ einperren, der etwas über die Rüstungen der unterrevolutionären Bourgeoisie zu melden weiß, so ist es doch ein öffentliches Geheimnis, daß es so etwas wie eine schwarze Reichswehr gibt. Da in Deutschland zwar die Vertreter des internationalen Finanzkapitals das Recht haben, alles Wirtschaft, Finanzen und Rüstungen zu kontrollieren, die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse aber eine solche Möglichkeit nicht besitzen, wissen wir nichts Bestimmtes über den Umfang dieser Rüstungen. Sicherlich sind sie nicht so groß, daß sie für die bis auf die Zähne bewaffneten Entente-Imperialisten irgendeine aktuelle Bedrohung bedeuten. Aber die Massen des französischen Volkes wissen trotzdem, daß der deutsche Militarismus nicht tot ist und daß die Hindenburg und Ludendorff nur auf eine günstigere außenpolitische Konstellation warten, um den Versuch zu wiederholen, die Herrschaft des deutschen Imperialismus über Europa aufzurichten.

Die Sozialdemokratische Arbeiter-Internationale, die Gesellschaft zur gegenseitigen Amnestierung für alle Sünden gegen den proletarischen Internationalismus, die Internationale verfrachter Minister und hoffnungsvoller Ministeraspiranten, die sogenannte „Sozialistische Arbeiter-Internationale“ hat einen Beschluß gefaßt, in dem sie konstatiert:

„daß die Bemühungen deutscher Nationalisten und Militaristen, sich der Kontrolle zu entziehen und geheime Rüstungen zu schaffen, Bemühungen, wogegen die deutsche Demokratie energische Aktionen der Regierung fordert, einerseits ernste Gefahr von revolutionären Unternehmungen gegen die Freiheiten des deutschen Volkes selbst weckt und zugleich deren Verwände liefert, die aus anderen Beweggründen die Ruhrbefehung verlängern und die Befehung Kölns über den im Versailles Vertrag festgesetzten Zeitpunkt hinaus zu verlängern bestrebt sind.“

Wo diese „deutsche Demokratie“ steht, welche gegen die Rüstungen der Reaktion „energische Aktionen der Regierung fordert“, ist ein Rätsel, da doch bis heute die „Demokratie“ in den Regierungen steht, die diese Rüstungen betreiben und begünstigen. Oder ist etwa der Reichswehrminister Gessler kein Demokrat? Aber die Heiler dieser „Arbeiter-Internationale“ die die „deutsche Demokratie“ entbedt haben, nehmen überdies noch davon Kenntnis.

„daß die angeschlossenen Parteien Englands, Belgiens und Frankreichs entschlossen sind, ihre Bemühungen, den militärischen Befehungen ein Ende zu bereiten, fortsetzen, ebenso wie die deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf gegen Rüstungsveruche fortführen wird.“

Das „ebenso“ ist treffend. Wir haben noch keinen Kampf der SPD. gegen die Rüstungen erlebt und wir werden es nicht erleben, daß die französischen Sozialpatrioten ihrem Herricht die Gefolgschaft aufgeben werden, auch wenn er noch so getreu in den Fußstapfen Poincares die Sanftmütigkeit forschelt. Wir werden aber der SPD. Gelegenheiten geben, öffentlich zu belunden, wie sie zu diesem Beschluß der Internationalen steht.

Zum Unterschied von der SPD. wird die kommunistische Partei, getreu den Lehren Karl Liebknechts, daß man den Klassenfeind zuerst in eigenen Lande schlagen muß, nicht dafür die Verantwortung mittragen, daß die Existenz der Reichswehr, die keinen Schatz für das deutsche Volk, sondern lediglich eine Verheerung für die Arbeiterklasse bedeutet, daß die Militaristen

Der ADSB. Solingen für Sowjetrußland.

Der Ortsausschuß des ADSB. Solingen erläßt folgenden Aufruf:

An den Internationalen Gewerkschaftsbund, Amsterdam.
An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin.
An alle proletarischen Organisationen.

Genossen!
Überläufige Meldungen lassen erkennen, daß sich erneut die russische Konterrevolution, offen und geheim, unterstützt durch die Machthaber der kleiner und großer Entente, zum militärischen Angriff auf Sowjetrußland vorbereiten.

Angeichts dieser ersten Situation, in die durch diesen Wahnhaft kapitalistischen Interessengruppen das russische Proletariat und im Verlauf deren Folgen das gesamte Weltproletariat erneut zu einem imperialistischen Gemisch geziehen werden kann, erzieht es der Ortsausschuß Solingen des ADSB. als seine heiligste Pflicht, sofort Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Der Ortsausschuß ersucht alle proletarischen Organisationen, an diesem erneuten konterrevolutionären Schlag gegen Sowjetrußland und das Weltproletariat Stellung zu nehmen.

In allen Betrieben und Veranstaltungen ist das Proletariat auf den Ernst der Sache hinzuweisen um sich bereitzubehalten zum ersten Anlauf. Der ADSB.-Vorstand wird ersucht, sofort alle Ortsausschüsse aufzufordern, große Kundgebungen gegen die erneute Intervention gegen Sowjetrußland, was gleichzeitig einen Kampf gegen das gesamte Weltproletariat bedeutet, zu berufen.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird ersucht, sofort in Gemeinschaft mit den Genossen der Roten Gewerkschaftsinternationale zusammenzutreten, um zu beraten, welche durchgreifenden Mittel das internationale Proletariat in Anwendung zu bringen hat gegen die imperialistischen Raubgeheile.

Der Ortsausschuß Solingen des ADSB.

J. A. Frisch, Vorsitzender.

*

Die deutschen Gewerkschaften sträuben sich mit Gewalt gegen den neuen Einheitskurs der vor den ersten Gewerkschaften angebahnt wurde. Der ADSB. Solingen unternimmt den ersten Vorstoß in den deutschen Gewerkschaften für die Gewerkschaftseinheit. Genossen, Arbeiter, hinein in die Gewerkschaften und vorwärts! der Kampf der Kommunisten für die Einheit.

Die Liebknecht-Landgebung in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Januar.
Besetzt hatte die kommunistische Jugend Berlin zu einer Massenkundgebung für den ermordeten Genossen Liebknecht aufgerufen. Bürgerlich: 3-Tungen melden, daß an dieser Kundgebung 6000 junge Arbeiter beteiligt waren. In Wirklichkeit waren es aber etwa 10000. Die Genossen Ratz Thier hielt die Ansprache. Danach wurde die Spere aus dem Januarfest 1918 aufgeführt, in dem die Rolle Eberts und Scheidemanns in Verbindung mit dem Maderburger Prozeß klar aufgerollt wurde. Der Beifall war ungeheuer. Der Abmarsch der 10000 verlief sich trotz größter Kampfstimmung reibungslos.

Für die Einheit der Partei.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Januar.
Am Samstag und Sonntag tagte der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei in Berlin. Auf dem Zentralausschuß wurden noch einmal die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des 5. Weltkongresses bekräftigt und fanden geschäftliche Aufnahme. Die Anwesenden waren sich einig in dem Kampf gegen reformistische Abweichungen, und die Ortsgruppe Hamburg bestrafte den Ausschluß der Genossen Brandler und Thohmeier aus der Partei. Dieser Antrag wurde an das ZK. weitergeleitet. Die nächsten Aufgaben der Partei sind in erster Linie die Arbeit in den Gewerkschaften und in den Betriebszellen. Nach der vollkommenen Wiederherstellung der Einheit der Partei heißt jetzt die Parole: **Seran an die Massen!**

Wir werden über den Zentralausschuß noch ausführlich berichten. (Die Redaktion.)

Die Paktalschergentrale im Büro des Reichspräsidenten.

Der Betrüger erster Klasse Julius Barmat hatte natürlich 1919 Schwierigkeiten, nach Deutschland zu kommen. Das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam weigerte sich dem notorischen Schwindler Barmat ein Visum auszustellen. Doch die sozialdemokratischen Freunde des Herrn Barmat ebneten ihm den Weg. Aus dem Büro des Reichspräsidenten erging eine direkte strikte Anweisung an den deutschen Generalkonsul in Amsterdam Julius Barmat ein Visum auszustellen. Amtlich teilte jetzt die Presse sogar folgendes mit:

„Die Prüfung der Akten des Büros des Reichspräsidenten und der des Anwaltlichen Amtes hat lediglich ergeben, daß im Frühjahr 1919 der damals im Büro des Reichspräsidenten auf Privatheimatvertrag beschäftigt Landtagsabgeordneter Franz Krüger ohne Wissen und Willen des Reichspräsidenten eigenmächtig und mißbräuchlich beim deutschen Generalkonsulat in Amsterdam für Angehörige der Familie Barmat ein Passivum beantragt und eigenmächtig für diese eine Kurze Empfehlung angefertigt hat. Der Reichspräsident hat erst kurz darauf davon Kenntnis erhalten und hat sofort auf das schärfste geäußert.“

Der Reichspräsident beschuldigt also jetzt seinen rechtlichen Parteigenossen Franz Krüger, der übrigens Mitglied des SPD. Parteivorstandes bis zu seinem Tode war. Wir glauben nicht, daß Franz Krüger alles auf eigene Faust gemacht hat. Er ist tot und kann nicht mehr reden. Also eine richtiggehende Paktalschergeschichte. Wie haben sich die sozialdemokratischen Heuchler ausgeregt, daß Kommunisten für sich selbst falsche Pässe anfertigten. Die Sozialdemokraten verfertigen jedoch nur falsche Pässe für Schieber und Bumpen.

„Herz auf die Süddeutsche Arbeiterzeitung“.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Januar.
Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ in Stuttgart wurde beschlagnahmt. Bei dieser Gelegenheit fand eine Veranstaltung und Verhandlung sämtlicher Anwesenden statt. Die Redakteure wurden wieder freigelassen. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines Artikels über die Volksherrschaft der Presse. Das Vergehen der Presse ist der nackte Faschismus.

Betrieb und Werkstoff

Das erste vorzeitige Opfer der Personalabbauverordnung der Reichsbahn u. O. Breslau.

Wenn ich diesen Artikel in die Presse senden lasse, dann nicht etwa aus dem Grunde, um irgendeiner Instanz g'auben machen zu wollen, daß mich ein Gefühl der Sentimentalität beherrscht.

Nein, nur aus dem Grunde, um den Herren Regierungsräten zu zeigen, wie sie mit einem Menschenleben, welches die dringendste Hilfe in Bezug auf seine seit 13 Jahren anhaltende Lungentuberkulose bedarf, umgehen.

Diese Herren scheinen die Verfügung des Herrn Ministers: „Verordnung“ über die Befähigung der Lungentuberkulose, nur für sich in Anspruch zu nehmen.

Nun zur Sache selbst: Am 24. Juni 1924 wurde mit dem Dienstverhältnis nach vierzehnjähriger Dienstzeit zum zweiten Male gekündigt. Die Beamten, die meine Kündigung durchwegs erwidern wollten, wandten, da meine Verhaftung in Schutzhaft im Oktober 1923 keinen Anhaltspunkt dazu gab, die schätzigsten Mittel an. Bei meiner Verhaftung wurden keine Schriften politischen Inhalts gefunden; Da fühlte ich aber der betreffende Kriminalbeamte nach seiner eigenen Aussage für verpflichtet (weil dieser Herr in Ausführung seines Auftrages bei mir nichts Befehlendes fand), die Lebensmittelabteilung der Reichsbahn-Direktion telephonisch in Kenntnis zu setzen, daß der Kriminalbeamte in meiner Wohnung im Schreibstischregal ein paar Briefumschläge hat liegen gesehen, die anscheinend amtlichen Charakter trugen.

Nun wurde meine Wohnung von diesen Herren auf den Kopf gestellt. Es fehlte nicht viel, so hätten die Herren im Uebereifer ihres Auftrages bald noch von meiner schwerkranken Frau ein ungerinigtes Hemd aus dem Waschkorb mit beschlagnahmt.

Alle diese beschlagnahmten Gegenstände (wie ich protokolllarisch durch Zeugen nachgewiesen habe) wurden dazu benützt, um durch das Reichsverkehrsministerium meine Kündigung zu erwirken. Diese beschlagnahmten Gegenstände sind mir nach meiner Entlassung zurückgegeben worden.

Seit dem Tage meiner Entlassung geht die Krankheit meiner Frau mit Riesenschritten vorwärts. Sogar so weit, daß annehmen ist, daß sie ihren Verstand verliert. Gegenwärtig liegt sie im Krankenhaus. Sogar die Ärzte hegen die schlimmste Befürchtung.

Das sind die Folgen der famosen Personalabbauverordnung, die im Einvernehmen mit den Vertretern der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie erlassen worden ist.

Diesen Herren, welche direkt oder indirekt bei meiner Entlassung mitgewirkt und zugestimmt haben, müssen die sich nicht die Frage vorlegen: „Bin ich nicht ein helfendes Mordinstrument an einer schwerkranken Mutter?“

Ich glaube, das Urteil auf diese Frage ist nur das Revolutionsurteil in der Rote zu fällen.

nimmst vor, Strafantrag gegen Sie zu stellen, was Sie hiermit zur Kenntnis nehmen wollen.

Es weilt der uns zugegangene Bericht. So sieht die staatl. Fürsorge aus. Ein junges Mädchen von noch nicht 18 Jahren, das in der Fürsorgeanstalt „besser erzogen“ werden soll als bei den proletarischen Eltern, wird von launen Bourgeois schamlos ausgebeutet, bekommt ein Essen schlechter und weniger als ein Hund und ist der Willkür eines Grobians ausgeliefert, der der Mutter des Mädchens, die sich gegen eine solche Behandlung ihres Kindes auflehnt, die Tür weist. Ueberschrift: „Bürgerliche Fürsorgeerziehung“.

Herr Richter droht mit Strafantrag gegen die Mutter des Mädchens. Der Herr Staatsanwalt muß eingreifen und der Familie Richter ein für allemal die Möglichkeit nehmen, arme Proletarierkinder körperlich zugrunde zu richten. Das wäre seine Pflicht. Aber wir wissen, solange das kapitalistische System besteht, wird es solche „sogenannte“ Fürsorgeerziehungen geben. Erst die proletarische Diktatur wird auch hier Wandel schaffen und die jungen Menschen ohne Hungerlöhne und Elfenbeintische erziehen.

Zustände in Frankfurt.

Un glaubliche Zustände herrschen hier in Frankfurt. Zwei Drittel der gesamten Arbeiter sind dazu verdammt, das Winterhalbjahr auf der Straße zu liegen. Sie sind gezwungen, soweit sie nicht ausgesteuert sind, die paar launigen Bettelgrotschen genannt Erwerbslosenerntfütterung zu beziehen. Die Ausgesteuerten gehen, um mit der Familie notdürftig ihr Leben zu fristen, bettelnd von Dorf zu Dorf, bis die Behörde einschreitet. Bekleihe nicht etwa mit Geld oder Naturalienunterstützung, sondern mit Strafbefehlen, Haft und Gefängnis.

Alle die, welche also noch im Genuße stehen, ihre eigenen Groschen, welche man ihnen in der Zeit ihrer Vollarbeit vom Lohn abgezogen, beziehen zu dürfen, werden zur Vollarbeit herangezogen. Drei Tage in der Woche ist man dem Wind und Wetter, und nicht zu vergessen der Besperrung des ausschließlichen Polizeibeamten ausgeliefert. Wohl noch nie seit der Revolution wurde einem Arbeiter zugemutet, unter Polizeiaufsicht zu arbeiten. So etwas ist auch nur in Frankfurt möglich. Denn alles schläft. Selbst die sogenannten Arbeitervertreter Regusched und Kolorien haben bis jetzt noch nicht eingesehen, daß ihre Wähler als Zuchthausgefangene der Willkür der Behörden und Polizei preisgegeben sind.

Arbeiter von Frankfurt, ist es denn möglich, daß man Euch entrechtet, daß Ihr gezwungen seid, unter Aufsicht eines uniformierten Gure Zwangsarbeit auszuüben. Seid Ihr wirklich schon dermaßen demoralisiert, stumpfsinnig, daß Ihr alles mit Euch gehen laßt? Das ist der verkehrte Weg. Seht alles daran, damit alles erwascht und zwingt die Stadtverordneten, Eure Vertreter, dazu, mit Euch gemeinsam für die sofortige Entsendung der Polizeiaufsicht einzuschreiten, verlangt, daß auch die von Euch gewählten Vertreter für Euch im Stadtparlament eintreten, daß sie eine arbeiterfreundliche Haltung annehmen.

Auf zur Kontrolle bei den Stadtverordnetenversammlungen damit Ihr auch wißt, wie der Kollege Regusched (welcher nach seinem Anspruch mehr Kommunismus im Arsch hat, wie ein Kommun im Stöckel), die Rechte der Arbeiter wahrnimmt. Ich fürchte, allzumal für Euch wird nicht herauskommen. Ganz nett wäre es, wenn der Kollege mit dem kommunistischen Arsch uns folgende Aufklärung geben würde:

„Ist es wahr, daß der Polizeiergent Dohnert, der Aufsichtführende über die Pflichtarbeiter, sich wegen Mißbrauch seiner Dienstwaffe, und zwar im Jahre 1920 auf dem Steinweg, beim Cafe Scheithauer, wobei Menschenleben in Gefahr kamen, strafbar gemacht hat? Wenn es uns Proleten passiert wäre die Bekanntschaft mit dem Gefängnis wäre uns sicher.“

Ist es ferner wahr, daß derselbe Polizeiergent Dohnert im vorigen Jahre, als er sich mit aufgeblähter Brust vor dem Juge des Krieger-Vereins (welcher, wie alljährlich, sein Sommerfest mit Tamtam durch die Straßen einleitete) einhermarschierte, sich bei der Feier selbst sinnlos bestoß, um dann auf Mädchen und Frauen loszugehen, auf dieselben schob, wenn sie dem Herrn Polizeiergenten nicht zu Willen waren?

Heraus mit der Sprache. Wir wollen wissen, ob alles wahr ist, wir wollen wissen, ob unsere Vertreter bei den Behörden und diese selber mit vollem Einverständnis diese stinkende Klotze deden und somit zugeben, den Polizeiergenten auf die Erwerbslosen losgelassen zu haben, um dieselben zu demütigen. Doch dann werden wir zu eigenen Mitteln greifen, welche noch nie verlagten. Also fort mit dem Polizeiknüttel, dem gemeingefährlichen Menschen, damit wir unseres Lebens sicher werden.

„Kampf“ für Amnestie.

Wer bisher noch daran gezweifelt hat, daß die Schlechte Bergwacht“ von ihrem Journalistenbunde zum Wühlblatt getrieben wird, der lese die Sommernummern dieses Blattes, und die Kleingläubigkeit gehört zu überhandnehmenden Krankheiten.

Wenn im Leitartikel, welcher die Mitbewertung des Reichstages behandelt, an Hand der Erklärungen der SPD-Abgeordneten Dimitant und Müller-Frank, der Nachweis erbracht sein soll, daß es die SPD-Abgeordneten mit der Amnestie ehrlich meinen und in ihrem Antrage auf debattierbare Ueberweisung an den Geschäftsordnungsausschuß eine Bestätigung der Freilassung kommunistischer Abgeordneter erblicken, so denkt man mit Recht an schlechte Witze. Dieser Gedanke wird bestärkt, wenn man den verpaterten Silberrichter beaugenscheinigt, den sich die Witziane „Bergwacht“ mit der Wiebegrabe des sozialdemokratischen Amnestie-Gefangenentums erlaubt. Ungeschickterweise pflegt sie diesen Gefangenentum noch mit „Unser Kampf für die Amnestie“ zu bezeichnen. Man konnte lachen, wenn man sich nicht an den Charakter dieses Blattes erinnert und wenn es nicht ernst wäre, die Frage aufzuklären: „Wieviele politische Gefangenen wird dieses Geschreibsel bringen?“ Annehmbar (vom Standpunkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung betrachtet) sieht es aus. Aber arme Gefangene, auf die von Euch wird die Klassenjustiz dienen oder jenen Paragraphen des RStGB., den der SPD-Gefangenentum ausschließt, anwenden? Von da kommt keine Gilt.

Genossen, sammelt weiter.

Beim Bezirksverein Schleien zur Unterstützung politischer Gefangener und deren Familien gingen im Monat Dezember 1924 folgende Beiträge ein:

- Ortsgruppe Rt. Zshansk 3,70; Ortsgruppe Breslau (Zeller-Tammung bei Brüner) 6,80; Markenerlauf a 50 Nig. 30,--; Bezirksleitung (10 Prozent Gehaltsabzug) 80,--; Ortsgruppe Kohnenau (Epende) 1,--; Ortsgruppe Strauß 11,--; Ortsgruppe Pohlenbau 9,50; Ortsgruppe Kohnenau 12,--; Ortsgruppe Reichendersdorf 5,--; Ortsgruppe Nieder-Langenöls 5,25; Ortsgruppe Peterswaldau 5,50; Ortsgruppe Götterberg 5,--; Ortsgruppe Breslau 14,--; Ortsgruppe Wehrsdorf 2,55; Ortsgruppe Oranau 4,90; Ortsgruppe Breslau (Zeller-Tammung) 5,55; Ortsgruppe Münsterberg (Zeller-Tammung) 6,70; Ortsgruppe Breslau (Zeller-Tammung bei S 218 am 6. Dez.) 2,70; Ortsgruppe Frankfurt 4,--; Ortschaftsdorf 2,60; Ortsgruppe Gröbelsch-Bannerdorf 12,30; Ortsgruppe Waldenburg-Altstadt 15,--; Ortsgruppe Lebnawasser 4,50; Ortsgruppe Freiburg 4,--; Breslau (Wirwa) 16,--; Breslau (Wirwa) 5,--; Breslau 19,--; Ortsgruppe Landebahn 37,--; Ortsgruppe Hartau 5,--; Ortsgruppe Völkabain 6,50; Ortsgruppe Jauer 10,--; Ortsgruppe Ein in Breslau (durch Bunzel) 10,--; gesammelt bei Genossenbinnen (durch Bunzel) 2,50; Ortsgruppe Freiburg (Niedersfelder) 1,--; Ortsgruppe Freiburg 18,60 Mark.
- Ortsgruppe Strigau 12,50; Ortsgruppe Gr. Mohren 0,40; Anrechnung wurden im Berichtsmont 15 Frauen, 24 Kinder, 18 Väter.

Hinein in den Freidenkerbund!

Odersdorf. Am 7. Januar fand in Beerberg eine Mitgliedererkrankung der Freidenker Märkliss statt. Sie war gut besucht. Wir konnten 51 Mitglieder mehr buchen gegen das verfloßene Jahr. Aber wo bleiben die kommunistischen Genossen? Es sind sehr wenig von ihnen dabei. Es wäre bald Zeit, daß man doch einmal ernst mit der Sache macht; denn hier hat sich der Fall ereignet, daß ein armer Proletarier das Begräbnis nicht gleich bezahlen konnte. Er erhielt einen Mahnbrief. Das ist die Nächstenliebe solcher Nationalisten. Im Gedächtnis. Das ist die Nächstenliebe solcher Nationalisten. — Im Gedächtnis geladen sind: 24 Tage vor Ostern findet die erste Jugendwoche statt. Genossen und Genossinnen, hinein in den Freidenkerbund, heraus aus der Klawerell!

Ein Genossenschaftsmitglied.

— In der Fallpette Goldenraum wurden über 20 Proleten bittlos mit der Begründung, es wäre keine Arbeit mehr vorhanden, Restlos wird man sie auf Pflaster legen. Sozialdemokratische Arbeiter, was lagt Ihr dazu? Ist das Freiheit? Das habt Ihr Euch nach 6 Jahren erkämpft! Wo bleibt die geistige Waffe, mit der Ihr leben wollt?

Ein Arbeiter.

Achtung! Achtung!

Erwerbslose des Landkreises Schweidnitz.

Dienstag den 13. Januar, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gleicherstraße: Erwerbslosenversammlung. Jeder Erwerbslose muß erscheinen. Sehr wichtige Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur neuen Kontrollzeit. 2. Was tun wir, um unsere Lage zu verbessern. 3. Anträge.

Der Ortsauschuß Schweidnitz des NSDAP, 3. A. Paul Hennig

Achtung! Genossen Achtung!

In der Zeit vom 11. 1. bis 25. 1. finden folgende Konferenzen im Bezirk statt:

1. Unterbezirkskonferenz in Gorki;
1. Funktionäre des Arbeitsgebietes Langenbielau;
1. Funktionäre des Arbeitsgebietes Breslau;
1. Funktionäre des Arbeitsgebietes Gltzberg;
1. Funktionäre des Arbeitsgebietes Stegnitz;
1. Funktionäre des Arbeitsgebietes Landebahn;
1. Funktionäre der Ortsgruppe Gorki.
1. Unterbezirkskonferenz Waldenburg.

Genossen! In diesen Konferenzen müssen alle Funktionäre der Partei unbedingt teilnehmen!

Eine starke Organisation ist Vorbedingung zum Siege der revolutionären Arbeiter.

Ordnung und Stunde der Konferenzen wird den Funktionären von den Arbeitsgebieteleitern mitgeteilt.

Die Bezirksleitung Schleien.

Breslau

Achtung!

Bezirks- und Betriebszellenklassierer.

Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 Uhr, muß jeder abrechnen kommen.

Ortsleitung.

Achtung, Parteifunktionäre! Dienstag, den 13. Januar, abends 7,30 Uhr, außerordentliche Funktionärerversammlung. Zu erscheinen haben alle Betriebszellen-, Straßenzellen- und Gewerkschaftsfunktionäre. Parteibuch ist mitzubringen. Lokal: Roter Löwe, Kupferstraße.

Ortsleitung.

Zur Beachtung!

In der Woche vom 16. bis 21. Juni vergangenen Jahres sind von einem Schalterbeamten des Postamts 11 (Büttnerstraße) 21 Stück Einkommensteuer-Steuermarken irrtümlich zu 100 Goldmark anstatt solcher zu 1 Goldmark verabsichtigt worden. Von diesen sind inzwischen in einer Steuerkarte eingeleistet, 14 Stück von einem Finanzkontrollbeamten ermittelt worden. Es fehlen noch 7 Stück. Den Unterschlagsbetrag von 693 muß der Beamte ersetzen. Gebeten wird, die nun abgeschlossenen und vom 12. Januar ab abzugebenden Steuerkarten für 1924 auf die siederlich unrichtig eingeleiteten Einkommensteuermarken zu benachrichtigen. Die Marken tragen die Anschrift „100“ Goldmark und sind von grauer Farbe im Gegensatz zu den braunen 1 Mark-Marken, die die Aufschrift „1“ Goldmark tragen.

Der Beamte liefert dem Ermittler 10 Prozent des Wertes der Marken als Belohnung zu, auch wenn dieselben entwertet sind.

63 Bettel in einer Woche! Ein Ausbruch, verursacht durch eine arbeitslose Sonderschicht! Seit einer Woche weilt die Sporknummer „Autoren in der Luft“ im Zirkus Busch in Breslau, und hat die Zirkus-Busch-Direktion durch Briefe und telefonische Anfragen feststellen können, daß in Breslau innerhalb der ersten Woche des Auftretens achtundsiebzig Bettel abgeschossen wurden, ob nun Auto 1 oder Auto 2 bei der Ueberholung in der Luft zuerst landet. Womitt sich die Menschen die Klappe verdrücken!

Aus der Geschäftswelt

Die Vorliebe der Kinder für Butterbrot ist nicht zu unterschätzen, ja schädlich, wie viele Mütter meinen. Eine fett bestrichene Brotscheibe enthält im Bereich mit etwas Obst, einem Apfel oder einer Apfelsine alle Nährstoffe, die der menschliche Körper für Aufbau und Erhaltung braucht. Geben Sie den Kindern also ruhig Butterbrot; die Einföhrung der Feinstmargarine „Schwan im Blauband“ ermöglicht den bescheidenen Luxus bei bestmöglicher Fröhlichkeit. Für billigen Preis wird mit ihr ein Butterertrag von höchster Vollendung auf den Markt gebracht. Beim Einkauf von je einem Pfund der „Blauband“-Margarine erhalten Sie unentgeltlich die farbige illustrierte Wochenchrift „Die Blauband-Woche“.

Man beachte die Inserate von „Schwan im Blauband“.

Mir machen unsere Leser auf das heutige Inserat der Wobila-Hilfslotterie auf den Gewinn des Volksbühnen-Ausflug-Gewinnens Reich-Neuland aufmerksam. Auswärtige Verkäufer wenden sich direkt an Heinrich Eichenauer, Breslau, Gartenstraße 88.

Bergeht die 7000 nicht! Sammelt Rote Hilfe!

Verantwortlich für den gesamten Text: Carl Glückauf, Breslau; Anstalt: Emil Müller, Breslau. — Beschäftigt: E. K. Berg, Breslau; Dr. M. H. S. Breslau. — Druck: Deutscher-Verlag, Druckereibetriebe Breslau.

Aus der Provinz

Die Ausbeutung der Dienstmädchen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Familie Richter aus Goldschmieden, Inhaber eines Holzgeschäftes, nahmen ein Dienstmädchen aus dem Magdalensnast aus Deutsch-O. Die Mutter des Mädchens bewachte ihre Tochter in der Diensthütte und ver sprach ihr, Weihnächten wiederzukommen. Kurz vor Weihnächten kam ein Brief folgenden Inhalts:

Hierdurch ersuche ich Sie, von einem Besuche bei uns diese Weihnächtfesttage über Abstand zu nehmen, da wir selbst Besuch bekommen und Friede uns außerdem anlässlich Ihres letzten Besuches großer Kummer gemacht hat.

Achtungsboll.

Frau Margarete Richter.

Das Mädchen hatte die Mutter beim ersten Besuch zur Bahn begleitet und bei dieser Gelegenheit Verwandte in Deutsch-O. besucht. Der große Kummer bestand jedenfalls darin, weil das Mädchen in dieser Zeit noch viel Arbeit hätte leisten können, denn für 12 Mark monatlich soll auch etwas geleistet werden. Ob aber das Essen danach ist, um überhaupt arbeiten zu können, darum kümmert sich die feine Herrschaft nicht. Das Mädchen hat innerhalb drei Monaten bei Richters 20 Pfund an Gewicht verloren.

Die Mutter kam nun Weihnächten nicht zu Besuch. Da die Tochter aber nichts von sich hören ließ, fuhr sie mit einer anderen Tochter am 4. Januar 1925 zwangemeldet nach Goldschmieden. Mutter und Schwester wurden von dem Mädchen in die Küche geführt, wo sie gerade mit dem Mittagessen begann, daß aus drei Töpfeln voll angebranntem Rührkartoffeln und ein paar leeren Kuchen bestand. Die Mutter glaubte, das Essen sei für den Hund, Richters aber nebenan und ließen sich nicht hören. Bei der Unterhaltung zwischen Mutter und Tochter kam ans Licht, daß das Mädchen der Mutter schreiben wollte, wie es ihr seit dem letzten Besuch gegangen sei; Herr Richter kam aber dazu, nahm den Brief, las ihn durch und zerriss ihn. Er sagte: „Sie brauchen nicht noch Hause zu schreiben.“

Obst das Mädchen erholen, so wird ihr folgende: 5 Minuten beim Fleischer, 5 Minuten beim Bäcker, der Weg hin und zurück und um die Zeit bist Du wieder da. Es wird ihr auch verboten, in die Anstalt oder zu den Verwandten zu gehen, zur Aufsicht geht immer Richters Tochter mit. Weihnächten bekam das Mädchen von Herrn Richter 2 Mark. Frau Richter konnte ihr die 2 Mark wieder ab und schickte das Mädchen um ein Kotelett, Milch und Semmel für ihren Mann zu holen.

Während dieser Unterhaltung hatten Richters ihr Menü beendet, das Mädchen wurde zum Abdecken hereingerufen und Richters erfuhr von der Anwesenheit seiner Mutter. Darüber große Aufregung. Richters hielten es für eine große Frechheit, unangemeldet auf Besuch zu kommen und sagten: „Von so einer Sorte Menschen kann man nicht mehr verlangen.“

Die Mutter fragte Herrn Richter: „Soll das ein Essen für meine Tochter sein? Es ist ganz gut, wenn man einmal unersättet kommt, da liebt man wenigstens, was hier vor sich geht.“ Herr Richter erwiderte: „Sie sollen alle drei machen, daß sie herauskommen.“ Sie folgten der Aufforderung. Als die Schwester des Mädchens noch einmal in die Wohnung zurückging, um den Mantel des Mädchens zu holen, wurde er nicht ausgehändigt mit der Bemerkung: „Die Sachen gingen sie gar nichts an. Das Mädchen mußte den Weg nach dem Magdalensnast, in das sie ihre Mutter zurückbrachte, ohne Mantel gehen.“

Nun erhielt die Mutter des Mädchens von Herrn Richter einen Brief folgenden Inhalts:

„Ihr heutiges Verhalten in meiner Wohnung gibt mir Veranlassung Ihnen folgende Mitteilung zu machen: Zwischen dem Herrn Landeshauptmann und mir besteht, den Fürsorgeerziehungsbureau betreffend ein schriftlicher Vertrag, und lautet der Paragraph 6 dieses Vertrages wie folgt: Die Eltern und sonstige Angehörigen haben kein Verfügungsrecht über den Vermögensbestand der Eltern sind mit Entschiedenheit zurückzuführen, namentlich ist zur Zurückführung der betreffenden Anzeiger zu erhalten. Da Sie sich nun heute ohne meine vorherige Willen und gegen meinen ausdrücklichen Willen in meine Wohnung eingeschlichen und durch Ihre ungebührliche Behandlung, daß der Fürsorgeerziehungsbureau, bei uns nicht laut zu offen bekommen habe, eines äußerst hohen und unanständigen Betrages sowie einer ungebührlichen Person (Lohn) der meiner Tochter ungebührlichen Fürsorgeerziehungsbureau gemacht haben, so behalte ich mir

Theater
 Womms 12. 1. 1925
 8338 8 Uhr
 Stadttheater
 In Betrieb
 Vortheater
 Theater
 Theater
 Theater
 Theater
 Theater
 Theater
 Theater
 Theater
 Theater

Schaubühnen
 Opernbühne
 Tel. Ring 2545
 Täglich 8 Uhr
 In neuer Ausstattung
Gräfin Mariza

Lehrweise elegante
Frach-
 und Rod-Anzüge
H. Mohaupt
 Parf. 1. 1. Tel. 91
 1301, frh. Albrechtstr.

PEUVAG
 Papier- Erzeugungs-
 und Verwertungs-
 Aktien-Gesellschaft
 Berlin

Filiale Breslau
 Trebnitzer Str. 5C

Abteilung
Druckere:

Sie finden hier
 alle Ihre Bedürfnisse

Programme
 Eintrittskarten
 Briefbogen
 Plakate
 Rechnungen
 Flugblätter

alle Einmacherei
 für
 Privat, Vereine
 und Behörden

Der Sieg der Wissenschaft



Durch das besondere Kitzverfahren und die Verwendung feinsten Rohstoffes gelungen, in „Schwan im Blauband“ eine wirkliche Feinkostmargarine herzustellen, welche höchste Ansprüche befriedigt.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illust. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Berlammungstaler.
 Breslau, Neust. West. Montag, den 12. Januar, abends 7.30 Uhr, Festgillensammlung, Hotel Berlin, Breite 22, 1. u. 2. Stock.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
20% Eröffnungsrabatt
 Direkt in der Fabrik, ohne jeden Zwischenhandel, kaufen Sie am billigsten

Damen-Wintermäntel
 Bequeme Teilzahlung!
 Die Ware wird nach erfolgter Anzahlung gleich mitgegeben

M. Soizny & Co.
 Damen-Mäntel-Fabrik
 Neue Schweidnitzer Str. 10, lpt.

Herren-Garderobe
 fertigt preiswert an
Radlewski
 Oderstrasse Nr. 14, III.

Beachtet unsere Inserenten!

Amtl. Bekanntmachung von Weistein.

Neuseuchenpolizeiliche Anordnung.
 Zum Schutze gegen die Schweinepest wird auf Grund des § 3 des Reichsgesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 (RGBl. S. 547), mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Umfang des Regierungsbezirks Breslau folgendes bestimmt:

§ 1.
 Ebenso wie bei gewerblichen Schlachtungen unterliegen auch Schweine, deren Fleisch zum Genuße für Menschen ausschließlich im eigenen Haushalte der Käufer verwandt werden soll, vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung gemäß den Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsvorschriften.

§ 2.
 Zumiderhandlungen unterliegen den Strafvorschriften des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1900.

§ 3.
 Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1925 in Kraft. Ihre Aufhebung wird erfolgen, wenn die eingangs bezeichnete Gefahr beseitigt ist.

Breslau, den 5. Dezember 1924.
 Der Regierungspräsident.
 Weiterverf. ist mit den Bemerkungen, daß jede Schlachtung von Schweinen 48 Stunden vor der Schlachtung dem zuständigen Fleischbeschauer zu melden ist.
 Weistein, den 8. Januar 1925.
 Der Amtsvorsteher.
 W. Herimig.

Malerarbeiten
 führt sauber und preiswert aus:
Kampa, Burgstraße 5 III.

Große Warenlotterie

zugunsten des
Volksbildungshauses „Heimgarten“, Neisse-Neuland.
 Genehmigt von dem Wohlfahrtsministerium Berlin und den Herren Oberpräsidenten der Provinzen Nieder- und Oberschlesien.

Für 50 Pfennige pro Los
 können Sie gewinnen:

1 Auto, 1 Vierzimmer-Einrichtung, 1 Motorrad, 1 Flügel, 1 Piano, mehrere Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen, 10 Leichtmotorräder, Bücherschränke mit ausgewähltem Inhalt, Teppiche, 5x50 Meter Wäschestoff, Besteckkästen, Standuhren, Kunstgegenstände, Photo-Apparate, Haushaltsgegenstände, Wandergeräte usw.

Nähmaschinen, 150 Fahrräder

Außer 2300 Hauptgewinnen entfällt auf jedes dritte Los ein Prämienengewinn (Kunstblätter erster schlesischer Künstler, wie Max Odoy, Gottwald, Hans Frank u. a. m.)

Ziehung am 20. Februar (unter behördlicher Aufsicht)
 Schriftliche Bestellungen von Losen zum Weiterverkauf an **Heinrich Eichenauer, Breslau, Gartenstr. 88** erbeten.

- Lose-Verkaufsstellen:**
- Ma Junke, Neue Taschenstraße 9.
 - Zietschmann, Tauentzienstraße 1.
 - Dorn, Neue Schweidnitzer Straße 13.
 - Schroeter, Neue Schweidnitzer Straße 3.
 - Zimmermann, Gartenstraße 104.
 - Schulz, Althäuserstraße 57.
 - Bollmann, Taschenstraße 9.
 - Reinh. Ludwig, Blücherplatz 1.
 - B. Klement, Ring 22.
 - Cinos Cziowitzky, Ohlauer Straße 70.
 - C. Kretschmer, Schmiedebücke 29b.
 - Hübner, Schabbrücke 73.
 - Max Wilde, Graupenstr. Ecke Frobergstr.
 - Kosa, Ring 1.
 - Kosa, Schw. Stadlgr., Neue Schweidnitzer Str.
 - D. Königsberger, Kaiser-Wilhelm-Str. 15.
 - Franz Scholz, Gartenstraße 93.
 - Ernst Bleisch, Lehmgrobenstraße 1.
 - Lindau & Winterfeld, Sasowstr. 1 a.
 - Jos. Czernik, Hütchenstraße 74.
 - Max Prüfer, Karlsplatz 5.
 - Laband & Sohn, Gartenstraße 66/70.
 - Gustav Sagawe, Neue Schweidnitzer Str. 2.
 - Hanus, Ring 46.
 - Gust. Ed. Schleh, Schweidnitzer Str. 8.
 - Gustav Michler, Schmiedebücke 54, Ring Kupferschmiedestr.
 - H. Stry, Kupferschmiedestr.
 - Herm. Roensch, Albrechtstraße 28/29.
 - Hch. Stüber, Junkerstr. 9.
 - Eugen Fechner, Rbedigerstr. 1.
 - Karl Przibilla, Gräbschener Str. 77.
 - Max Hüdner, Gräbschener Strasse 48.
 - Günter Wagner, Poststraße 8.
 - Herm. Bartsch, Ritterplatz/Hellige Geistsstr.
 - Rich. Migulla, Neue Taschenstraße 13.
 - Kurt Becker, Ringelplatz 1.
 - Schl. Heimarbeit, G. m. b. H. Feldstr. 21.
 - Schl. Volkszeitung, Hummerl 38/41.

Waldenburg-Altwasser

Bahnhofs-Drogerie
H. HELLMANN
 Altwasser
 Drogen, Farben, Chemikalien
 Seifen und Parfümerien

Papierhaus
FRITZ GRUHN
 Sandstraße 3

Paul Hiltman
 Waldenburg-Altwasser
 Charlottenbrunner Straße Nr. 164
 empfiehlt seine
Polster- u. Lederwaren
 Eigene Werkstatt

Konfektionshaus
Max Silbermann
 Herren- und Knaben-Bekleidung

Photographie
Kurt Mai
 Rathausplatz 10
 Anfertigung von erstklassigen
 Aufnahmen u. Vergrößerungen

P. Heinrich Sindermann
 Altwasser
 Charlottenbrunner Straße Nr. 24
 Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus
 Maschinen-Reparatur-Werkstatt
Kolbe & Guder
 Ober-Altwasser
 Charlottenbrunner Straße Nr. 152
 Telefon 741

Karl Otto
 Altwasser
 Charlottenbrunner Straße 53
 Arbeitsschuhe
 Ledersohlen
 und Schnellbesohlenstift

D. KORN
 Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
 Alleinverkauf der Firma
 Louis Mosberg, Bielefeld

Kolonialwaren
 Zigarren und Zigaretten
 empfiehlt
Georg Sindermann
 Altwasser, Breslauer Strasse 58

Kaufhaus
Max Holzer
 Waldenburg
 Friedländer Strasse 19

Reserviert

Paul Brauner, Warenhandlung
 Waldenburg-Altwasser
 Breslauer Straße Nr. 60
 Jeder Käufer probiere meine Rauchwaren
 Jede Hausfrau versuche bei mir Wollse, Zwirn,
 Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel

Der deutsch-französische Zollkrieg.

Die deutsch-französische Handelsverhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Folge ist einseitig ein deutsch-französischer Zollkrieg. Frankreich führt...

Die unmittelbare Folge des Zollkriegs wird eine neue Preissteigerung, ein neues Anwachsen der Steuerung zu beiden Seiten des Rheins sein.

Die unvollständige Lösung des Zollkriegs ist ein Hindernis für die Entwicklung der Industrie. Die neue Zusammenfassung des Kapitals muß zu neuen Ver suchen der Kapitaloffensive führen.

Oberlandesgerichtsrat Pöchner amnestiert sich selbst!

Der Oberlandesgerichtsrat Pöchner, der nach dem Hitlerputsch während der Gerichtsperiode von dem bayerischen Volksgericht zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden ist, hat bis heute seine Strafe noch nicht angetreten.

Pöchner sollte nun am 1. Januar seine Haft antreten. Wegen angeblicher Erkrankung hat er sich aber nicht gestellt. Nach der Praxis, die der Reichspräsident gegen Tago geübt hat...

74 Genossen nach einjähriger Untersuchungshaft an der Verfolgung gesetzt!

Die Beschlußkammer des Landgerichts Altona hat Ende November 74 Genossen, die in dem großen Schiffbauarbeiterprozess zum Teil bis zu einem Jahre als Angeklagte in Untersuchungshaft saßen, außer Verfolgung gesetzt...

Aufruf!

An alle politischen Beurteilten!

Die Juristische Zentrale der RPD-Reichstags- und Landtagsfraktion beabsichtigt, eine geschichtliche Darstellung der Klassenjustiz von Kriegsbeginn 1914 bis heute herauszugeben.

Zu diesem Zweck fordert sie alle politischen Gefangenen auf, sofort genaue Angaben über ihre Prozesse und Beurteilungen zu machen und einzusenden.

Die Angaben müssen den genauen Namen, Beruf, Ort des Gerichts, Urteil (Strafdauer) und die Jahreszahl enthalten. Soweit es möglich ist, sind die Aktenzeichen, Strafbescheide, Strafbefehle bei Geldstrafen und Urteilsbegündigungen mit einzusenden.

Alle Zuschriften sind an den Abgeordneten Buch, Preussischer Landtag, Berlin, Prinz-Albrecht-Strasse, zu senden. Berlin, den 5. Januar 1925.

Juristische Zentrale der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion.

Hochverratsprozess gegen 15 Arbeiter.

Kämpfer gegen Faschismus als Diebe beschimpft.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat seine terroristische Tätigkeit in Leipzig wieder aufgenommen. Zahlreiche Prozesse gegen Proletarier sind für die nächsten Tage angelegt. Heute standen 15 Kommunisten aus Kolberg, darunter eine Frau, und ein Kommunist aus Berlin-Weißensee als Angeklagte vor dem Blutgericht der Bourgeoisie.

Der schwerkriegsbedingte Genosse Zietke erklärt, daß sich die Arbeiter gegen die faschistische Gefahr sichern wollten. Der Angeklagte Krellin hat aus, daß ihm gegenüber der Vollstreckungsminister Pöhlitz gesagt habe, er könne gegen die Waffenlager der Arbeiter nichts unternehmen.

In diesem Moment stand der Hochverratsbedingte Angeklagte Zietke vor dem Richter. Die Angeklagten sind seit 13 Monaten in Untersuchungshaft und durch die brutalen Demütigungen des deutschen Strafvollzuges körperlich völlig ruiniert.

Offene Anfrage an die SPD.

Am 2. Januar berichteten wir von der Entsendung von 40.000 Mark aus der Kasse der Genossenschaftsbrauerei, an der Rasch als Aufsichtsrat des Unternehmens beteiligt war.

Am 3. Januar antwortete die „Volkswacht“ im Namen der SPD, sie werde den Klageweg gegen uns beschreiten. Wir bedauern das und werden den Wahrheitsbeweis antreten.

Am 4. Dezember berichteten wir daß Rasch einen zweiten Aufsichtsratsposten erhalten habe, nämlich in der Unnapart-Wittengasse-Gesellschaft.

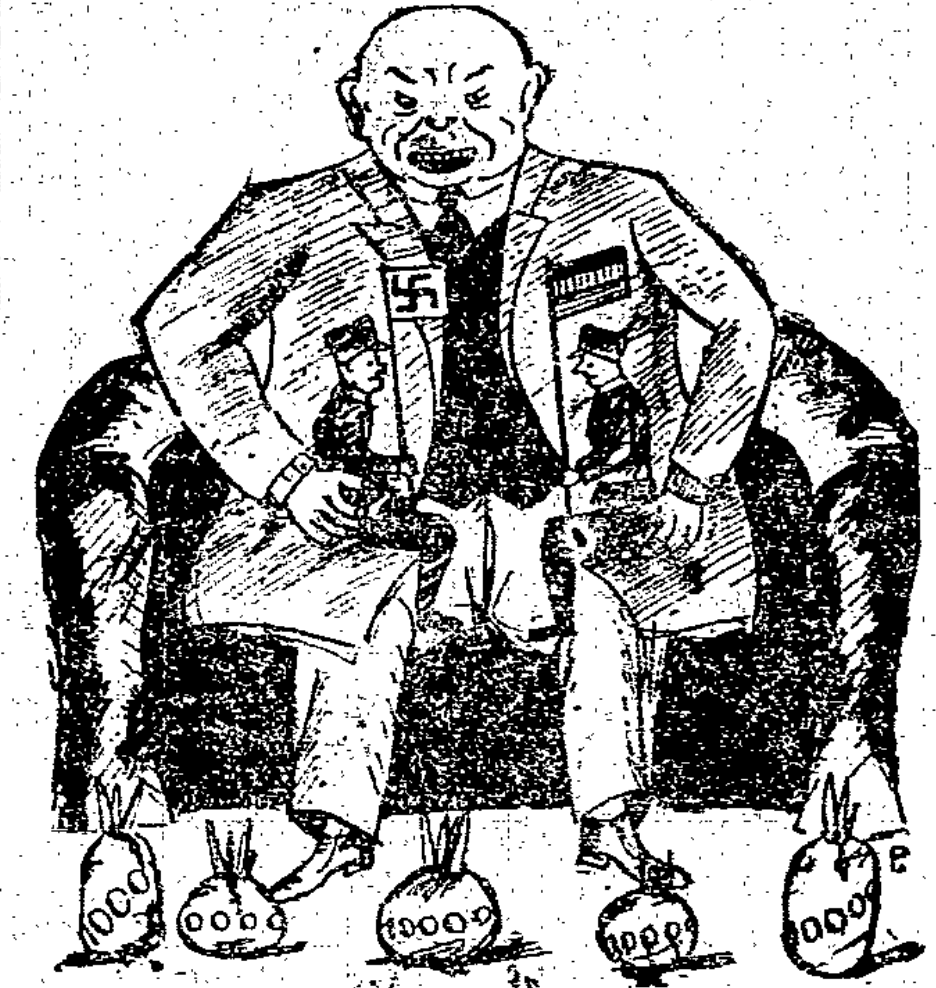
Am 12. Januar einen Monat danach, hat die „Volkswacht“ noch immer keine Antwort gefunden.

Sie wagt nichts zuzugeben. Sie wagt nicht abzuleugnen. Sie wagt nicht zu lägen. Sie wagt nicht diese Korruption zu rechtfertigen. Sie wagt nicht sie zu vertuschen.

Warum schweigt die gesamte SPD-Führerschaft? Weil sie mit Rasch unter einer Decke steckt!

Wenn die Führer schweigen, müssen die Arbeiter sie zum Reden zwingen. In den Betrieben in den Gewerkschaften, in den öffentlichen Versammlungen, in den Mitgliederversammlungen verlangt Rechenschaft von euren Führern, erzwingt Untersuchung, Aufdeckung und Beseitigung des Skandals!

Fort mit der Korruption! Fort mit der Partei der Korruption! Fort mit der Partei der Ausschüßerei und Privatfretzerei!



DIE BEIDEN SÖHNE DES KAPITALS. FASCHISTEN UND REICHSBANNER.

Kleine Nachrichten.

Wie aus Budapest gemeldet wird, sind die Grubenarbeiter im fünfjährigen Streik am Freitagmorgen in den Ausmaß gerieten, da die Bergwerksdirektion die geforderte 10-12 prozentige Lohnerhöhung ablehnte.

Die Sowjetkommission, die in dem französisch-afrikanischen Hafen Bizerta die dortliegende Wrangelflotte inspiziert hat, ist zu dem Schluss gekommen, daß keines dieser von Wrangel der Sowjetunion gestohlenen Kriegsschiffe noch in seetüchtigem Zustande sei.

In Berlin gab es erneut einen sehr schweren Verkehrsunfall. Ein übermäßig beschleunigter Kraftomnibus stürzte um, 15 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Die Zahl der Verkehrsunfälle in Berlin wächst infolge übermäßig langer Arbeitszeit und schandmüder Bezahlung der Straßenbahn- und Omnibusangestellten immer mehr.

Aussetzung in Mannheim. Wie aus Mannheim gemeldet wird, haben die mit dem Bau des Neckarkanals beschäftigten Mannheimer Baufirmen ihre gesamte Arbeiterschaft ausgesetzt. Die Arbeiter hätten es abgelehnt, die für Mehrarbeit an 3 1/2 und Jahrgeld selber bezahlte besondere Entschädigung sich nehmen zu lassen.

Magdeburg. Die Monatsgeneralversammlung des Verbandes der Steinarbeiter beschloß gegen 2 Stimmen, korporativ der RPD beizutreten und Schlag einen Kommunisten als Kartelldelegierten vor.

In den Vereinigten Staaten wird über die Erhöhung der Tragweite der Geschütze auf 13 amerikanischen Schiffschiffen verhandelt. Kein Tag ohne Meldung, über die militärischen Rüstungen der amerikanischen Imperialisten.

Wie aus Newport gemeldet wird, ist das atlantische Flottengeschwader der Vereinigten Staaten bereits nach Cuba aufgebrochen und hat die Fahrt zu dem großen Flottenmanöver im Ocean begonnen. Die bevorstehenden gigantischen Flottenmanöver, die sich in den Gebieten zwischen Amerika und Japan abspielen werden, erhalten durch den amerikanisch-japanischen Konflikt eine besonders hohe imperialistische Bedeutung.

Nach Meldungen aus Jugoslawien hat der Terror gegen die Radikale Partei gegen die Bauern und Arbeiter in zwei bis drei Tagen bereits zu 1000 Verhaftungen geführt. Es herrscht überalliger Ausnahmezustand. Der Befehl Rasch wurde sofort dem Gericht übergeben.

In Yorkshire ist die englische Genossenschaft O'Brien ruiniert worden. Es handelt sich um eine tolle Spiegelfabrik zu Grabeln. Diese wird vergraben, es habe das Stadthaus in die Luft geschlagen werden um, um die konservative Regierung zu...

Gegen das Krankenschreiben.

Infolge der Einstellung der Kautschukfabrik ist die Zahl derjenigen Mitglieder der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin, die sich arbeitsunfähig gemeldet haben, um fast 100 Prozent gestiegen. Wir bitten unsere Mitglieder, bei Arbeitsunfähigkeit Bescheinigung für diese Mitglieder der strengsten Maßstab anlegen zu wollen und der Simulation verächtliche Mitglieder sofort der Kasse zur Nachuntersuchung bekanntzugeben.

Bei der Innungs-Krankenkasse der Gastwirte-Innung Berlin ist der Krankenstand in den letzten vier Wochen von 4 Prozent auf 6 Prozent gestiegen. Wir bitten daher, bei Krankenschreibung strengste Kritik walten zu lassen und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen nur bei objektivem Befund zu bescheinigen.

Trotzdem bei einer ganzen Reihe von Krankenkassen der Krankenstand im Monat September niedriger gewesen ist als in den Vormonaten, ist er im allgemeinen noch sehr hoch. Wir geben nachstehend diejenigen Krankenkassen des „Berliner Arbeiterverbandes“ an, die einen besonders hohen Krankenstand aufweisen und bitten, bei Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung strengste Kritik zu üben.

Durchschnittlich alle zwei Wochen erscheinen in den Groß-Berliner ärztlichen Landesorgan ähnliche, den obigen Beispielen entsprechende Mitteilungen an die Ärzte. Es ist klar, daß das ein brutaler Versuch der Kassen ist, sich von Leistungen an Krankengeld usw. zu befreien.

Zur das revolutionäre Proletariat ergibt sich daraus, daß die Kassen, die eigentlich „Selbstverwaltungsgewerkschaften“ sind, nicht im Dienst der Versicherer stehen und nicht zum wenigsten dank der Ineffizienz der Versicherer, die es immer wieder zulassen, daß bei den Vorstandsmitgliedern Vertreter einer verulierten Bürokratie aus Ruder kommen.

Wie aus Budapest gemeldet wird, sind die Grubenarbeiter im fünfjährigen Streik am Freitagmorgen in den Ausmaß gerieten, da die Bergwerksdirektion die geforderte 10-12 prozentige Lohnerhöhung ablehnte.

Die Sowjetkommission, die in dem französisch-afrikanischen Hafen Bizerta die dortliegende Wrangelflotte inspiziert hat, ist zu dem Schluss gekommen, daß keines dieser von Wrangel der Sowjetunion gestohlenen Kriegsschiffe noch in seetüchtigem Zustande sei.

In Berlin gab es erneut einen sehr schweren Verkehrsunfall. Ein übermäßig beschleunigter Kraftomnibus stürzte um, 15 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Die Zahl der Verkehrsunfälle in Berlin wächst infolge übermäßig langer Arbeitszeit und schandmüder Bezahlung der Straßenbahn- und Omnibusangestellten immer mehr.

Aussetzung in Mannheim. Wie aus Mannheim gemeldet wird, haben die mit dem Bau des Neckarkanals beschäftigten Mannheimer Baufirmen ihre gesamte Arbeiterschaft ausgesetzt. Die Arbeiter hätten es abgelehnt, die für Mehrarbeit an 3 1/2 und Jahrgeld selber bezahlte besondere Entschädigung sich nehmen zu lassen.

Magdeburg. Die Monatsgeneralversammlung des Verbandes der Steinarbeiter beschloß gegen 2 Stimmen, korporativ der RPD beizutreten und Schlag einen Kommunisten als Kartelldelegierten vor.

In den Vereinigten Staaten wird über die Erhöhung der Tragweite der Geschütze auf 13 amerikanischen Schiffschiffen verhandelt. Kein Tag ohne Meldung, über die militärischen Rüstungen der amerikanischen Imperialisten.

Wie aus Newport gemeldet wird, ist das atlantische Flottengeschwader der Vereinigten Staaten bereits nach Cuba aufgebrochen und hat die Fahrt zu dem großen Flottenmanöver im Ocean begonnen. Die bevorstehenden gigantischen Flottenmanöver, die sich in den Gebieten zwischen Amerika und Japan abspielen werden, erhalten durch den amerikanisch-japanischen Konflikt eine besonders hohe imperialistische Bedeutung.

Nach Meldungen aus Jugoslawien hat der Terror gegen die Radikale Partei gegen die Bauern und Arbeiter in zwei bis drei Tagen bereits zu 1000 Verhaftungen geführt. Es herrscht überalliger Ausnahmezustand. Der Befehl Rasch wurde sofort dem Gericht übergeben.

In Yorkshire ist die englische Genossenschaft O'Brien ruiniert worden. Es handelt sich um eine tolle Spiegelfabrik zu Grabeln. Diese wird vergraben, es habe das Stadthaus in die Luft geschlagen werden um, um die konservative Regierung zu...

Wie aus Budapest gemeldet wird, sind die Grubenarbeiter im fünfjährigen Streik am Freitagmorgen in den Ausmaß gerieten, da die Bergwerksdirektion die geforderte 10-12 prozentige Lohnerhöhung ablehnte.

Die Sowjetkommission, die in dem französisch-afrikanischen Hafen Bizerta die dortliegende Wrangelflotte inspiziert hat, ist zu dem Schluss gekommen, daß keines dieser von Wrangel der Sowjetunion gestohlenen Kriegsschiffe noch in seetüchtigem Zustande sei.

In Berlin gab es erneut einen sehr schweren Verkehrsunfall. Ein übermäßig beschleunigter Kraftomnibus stürzte um, 15 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Die Zahl der Verkehrsunfälle in Berlin wächst infolge übermäßig langer Arbeitszeit und schandmüder Bezahlung der Straßenbahn- und Omnibusangestellten immer mehr.

Leninismus oder Trozkismus?

Rede des Genossen V. Ramenew.

Vorlesung

Nun folgt eine literarische Schilderung, deren Sinn ist, daß diese Gruppe eine Gruppe zur Formel Trozki's bedeutet. Und Genosse Trozki, sehr gut, daß er das sagen wollte, und gerade das sagte. Nun, wenn die Partei damit einverstanden ist, dann muß sie das gerade heraus sagen, und dann muß sie die Sache auf die internationale Arena hinaustragen und es auch der Kommintern sagen. Nun, auf Lenin nur von Lenin, aus den Werken der ersten fünfzehn Jahre seiner Tätigkeit, aber verzieht nicht, daß das nur eine Gruppe zu Trozki ist, „wie es die ganze weitere Entwicklung zeigt“.

Das ist der geistige Kern aller jüngst erschienenen Bücher Trozki's. Diese Unterchiebung des Trozismus unter den Leninismus vollzieht Trozki mit dem ihm eigenen ganzen Talent, mit seiner ganzen schriftstellerischen Kunst. Und seine künstlerischen Fähigkeiten sind recht groß. Dieses Buch ist nicht für die breiten Massen, nicht für die ganze Partei geschrieben, es wurde für die junge heranwachsende Generation geschrieben, für die Jugend, die später, morgen, in ein, zwei Jahren das Schicksal der Partei zu bestimmen haben wird. Manche zu nehmen für jene zwölf Jahre, wo Lenin die ganze Arbeitskraft der Politik Trozki's nachzuweisen, daß die Revolution eine (Trozkis) Theorie bekräftigte und mit dieser Unterchiebung des Trozismus unter den Bolschewismus, die Köpfe der fünfjährigen Führer der Partei, die jetzt in den kommunistischen Universitäten, Parteischulen, Arbeiterfakultäten, Hochschulen usw. studieren, zu vergiften — das ist das Ziel der jüngsten Schrift Trozki's, das Ziel seines Buches „1917“.

Wir können das nicht zulassen. Wir müssen die Frage stellen: Entweder lehnen wir Lenin und den Leninismus, oder wir müssen die Fahne wechseln und Trozki als den Ideologen der bolschewistischen Partei im kritischen Augenblicke der Revolution hinstellen. Wir müssen hier wählen. Hier kann mit folgender Verschiebung, mit Ubrausen darüber, daß „die Märzrevolution die Differenzen liquidierte“, daß „Ich kämpfend zu Lenin kam“, nicht geholfen werden.

In diesem Buch („1917“) wird auf Sinowjew, Ramenew, Kijow und andere geschimpft. Ich werde darüber sprechen und ich werde auch über meine Fehler sprechen, aber glaubt nicht, daß hier nur wir beschimpft werden. Hier wird Ramenew und Sinowjew gefolgt, aber Lenin gemeint. Die Frage über das Schicksal des Bolschewismus kann ja so gestellt werden: Lenin hat eine gute Theorie, aber die Schüler Lenins mußten sie nicht anwenden. Sie konnten sich in ihr nicht aus, sie begriffen nicht die konkrete Situation, die durch die Zeit und den Ort bestimmt wurde; die Formel war richtig, die Parole war richtig, aber diese und jene Bolschewist haben sie schlecht durchgeführt. Ja, man kann die Frage so stellen, man kann sie aber auch in folgender Weise stellen: Wenn wir aus der Leninischen Formel alle logischen Folgerungen ziehen, dann geraten wir unzweifelhaft in Sumpf und Moor. Die Formel ist unrichtig und die Leute haben die unrichtige Formel logisch richtig angewendet. Im ersten Fall wäre es eine Rechtfertigung der bolschewistischen Theorie und ein Hinweis auf die Fehler einzelner Bolschewist, im zweiten Falle aber, wenn gesagt wird: die nächsten Schüler Lenins nahmen seine Formel an und indem sie sie buchstäblich anwandten, gerieten sie in Sumpf und Moor — leben wir, nachdem wir bereits die Behauptung Trozki's bezüglich der antirevolutionären Jüge des Leninismus kennen, nachdem wir bereits wissen, daß sich die Theorie Trozki's und nicht die Lenins „vollkommen bekräftigt hatte“ — dann sehen wir, daß hier nicht nur Ramenew und Sinowjew geschlagen werden, sondern daß man hier hinter Ramenew und Sinowjew die Hauptformel des Leninismus treffen will.

Darauf nun sind die „Lehren des Oktober“ aufgebaut. Sie stellen nur eine Fortsetzung, Begründung, Weiterentwicklung der oben zitierten Erklärungen Trozki's aus dem Jahre 1908 dar und legen (bist in einer etwas maskierten Form) die damalige Polemik gegen Lenin fort. Die „Lehren des Oktober“ haben ein etwas tiefer gehendes Ziel, als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Auf der Oberfläche scheint es, daß diese Schrift eine Entbillung Sinowjews und Ramenews darstellt. Es ist auch davon die Rede. Aber auch von etwas mehr, nämlich davon, daß die Fehler Ramenews und Sinowjews die Grundformeln des Leninismus destruierten und nach dem Trozismus rufen.

Die Partei kann und darf auch nicht an dieser Unterchiebung des Trozismus unter den Leninismus, die unter dem Schilde Lenins bezogen wurde, vorbeigehen. Eins von beiden: entweder gibt es im Leninismus antirevolutionäre Jüge, und der Bolschewismus mußte von seiner Verantwortung absehen, um den Oktober durchführen zu können — dann sollte das auch gesagt werden, dann sollte das in jener Schrift über den Leninismus eingetragen werden, mit deren Hilfe die Partei ihre Wirklichkeit erreicht, dann müßte das klar und deutlich den Kommunisten Entzogen sein.

Oder es ist eine Frage, eine ideologische Konfusion. — Warum hat sie dann das Recht, unter der Fahne des Leninismus, unter dem Deckmantel von Lobhudelei auf Lenin, die unter diesen Bedingungen einen sehr „eigentümlichen“, um nicht zu sagen feindseligen Charakter erhalten — zu leben und zu handeln? Die Partei muß die Grundformel Lenins gegen ihre Fälschung durch den Trozismus verteidigen. Was sind nun diese Grundformeln und wie führte sie Lenin durch?

Lenin im April 1917.

Wir sehen, wie Genosse Trozki jene Theorie wiederholt, daß der Oktober eine Revolution im Sinne der Oktoberrevolution war. Wir sehen, daß seine Schilderung darin besteht, daß die alte bolschewistische Theorie, deren Grundzüge Lenin auf Grund der Erfahrungen der Arbeiterbewegung des Proletariats und der Bauernschaft im Jahre 1906, auf Grund der Praxis der ersten Arbeiterräte im Jahre 1905 (und, daß diese Theorie nach der Schilderung Trozki's im Frühjahr 1917 zusammengebrochen ist, daß der Bolschewismus kein Räusler wechseln mußte, um die neuen Aufgaben lösen zu können, daß der Bolschewismus die alte bolschewistische Theorie von sich abstrichten und sich an Trozki wenden mußte. So schildert Genosse Trozki die Sache, mit diesem Gedanken trat er in die Partei und mit diesem Gedanken blieb er in ihr.

Es ist denn wahr, daß der Bolschewismus an die Probleme der Revolution lösen zu können, von seiner Vergangenheit abstrahieren mußte. Ist es denn wahr, daß die Theorie der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft werden mußte? Wie sah die Sache in Wirklichkeit aus und wie sah Lenin die Sache an?

Es geschah so — und nur so sah Lenin die Sache an, daß die bolschewistische Idee der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ in der russischen Revolution voll und ganz verwirklicht wurde und nach ihrer Verwirklichung in die bolschewistische Idee der Diktatur des Proletariats hineinzuwachsen begann und hineinwuchs. Dieses Hineinwachsen entsprach vollkommen der vor sich gegangenen Veränderung im gegenseitigen Verhältnis der Klassen im Verlaufe der russischen Revolution und lief mit dieser Veränderung parallel. Wer das nicht versteht, der hat weder vom Leninismus noch vom Gewichte der Partei, noch von der Geschichte der Revolution etwas begriffen.

Um die oben gestellte Frage beantworten zu können, müssen wir zu dem Zeitpunkt zurückgehen, wo nach der Ansicht Trozki's Lenin den Rüstungswechsel vollzog, das heißt zum Frühjahr des Jahres 1917 und zu jenem Programm und jener Taktik der Revolution, die Lenin damals in den Vordergrund stellte.

Ich nehme das grundlegendste Werk Lenins aus jenen Tagen, „Briefe über die Taktik“, in denen er seine berühmten Thesen vom 4. April kommentiert, erläutert, für die Partei durcharbeitet. Was sagt hier Lenin über die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. War er denn wirklich gezwungen, anzuerkennen, daß diese Theorie sich als unrichtig erwiesene habe?

Lenin schreibt:

„Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat sich in der russischen Revolution bereits verwirklicht... Die Arbeiter- und Soldatendiktatur, das ist die durch das Leben verwirklichte revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (Gei. russ. Ausg. Bd. XIV/1 S. 29). Die Räte sind die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und der Soldaten; unter letzteren sind die Bauern in der Mehrheit. Das ist also die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft... wir sind noch in der Minderheit, wir erkennen die Notwendigkeit an, die Mehrheit (in diesen Organen der Diktatur) zu erobern.“

Es handelt sich also nach der Meinung Lenins nicht darum, daß sich diese Formel für die Revolution als ungeeignet erwies und dem Verlauf des Klassenkampfes nicht entsprochen habe. Nein, seine ersten Worte waren, daß unsere Theorie im Verlaufe der Revolution bereits verwirklicht wurde, und zwar in lebendigen Institutionen, die durch die Bewegung wirklicher Arbeiter- und Bauernmassen geschaffen wurden. Aus dieser Tatsache zieht Lenin die einzige und natürliche richtige Schlussfolgerung. Wenn unsere Theorie verwirklicht ist, dann müssen wir weiterstreben. Wie? So, daß wir auf dem Boden der bereits verwirklichten Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft die proletarischen Elemente der Stadt und des Dorfes gegen die kleinbürgerlichen Elemente zusammenzuführen müssen. Nicht nicht bei der bereits in der Revolution verwirklichten bolschewistischen Formel stehen. Sondern streitet vorwärts! sagte Lenin jenen Bolschewist, die in dem bereits verwirklichten Stadium der Revolution stehen blieben.

Er sagt nicht, daß die bolschewistische Formel der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sich als unfähig erwies und den Klasseninteressen des Proletariats nicht entspricht. Er sagt: Ihr bemerkt es nicht, daß sie bereits verwirklicht ist, „wie jede Theorie in ihrer eigentümlichen Weise, aber sie ist verwirklicht“, sagt Lenin hinzu: „Ist sie aber verwirklicht, dann müßt ihr weitergehen.“ Und was bedeutet „weitergehen“, über die Form der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hinausgehen? Das bedeutet die Sammlung und Organisation der proletarischen Elemente auf dem Boden dieser Diktatur, um dann von der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft weiterzuweichen zur Diktatur des Proletariats, zum rein sozialistischen Umsturz. Das war die Meinung Lenins über die Frage, ob die alte bolschewistische Formel dem Verlauf der russischen Revolution entspricht oder nicht.

Lenin aber, der ein wirklicher Realpolitiker, ein wirklicher Massenführer war, hat es begriffen, daß der Übergang von der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zum sozialistischen Umsturz eine sehr komplizierte Sache ist. Wir müssen diesen Übergang machen, aber in der Weise, daß wir bei der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats immer auf die Bauernschaft rechnen, damit die Diktatur des Proletariats während aller Stadien dieses Überganges durch die Bauernschaft unterstützt wird. Daher hat Lenin immer seine Taktik davon gemacht, wie sich die Massenbewegung der Bauernschaft entwickelt, und er studierte die „Eigentümlichkeit“ der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die darin bestand, daß letztere im gegebenen Stadium der Revolution (April 1917) im Gefühl der „Vaterlandsverteidigung“ ihr Vertrauen zur bürgerlichen Regierung schenkt. Nach der Schilderung der Ansichten der mit ihm streitenden Bolschewist (ich war auch darunter) und nach einem scharfen Angriff auf uns erklärte Lenin:

„Ein Mann darf den festen Boden der Ansicht der Klassenverhältnisse nie verlassen. In der Nacht ist die Bourgeoisie. Und ist denn die Masse der Bauernschaft nicht gleichfalls eine Bourgeoisie aus einer anderen Sicht, einer anderen Art und anderen Charakter? Folgt denn daraus, daß diese Schicht nicht zur Nacht gelangen kann durch die „Verwirklichung“ der bürgerlich-demokratischen Revolution? Warum soll das nicht möglich sein? So urteilen oft alle Bolschewist.“

Ich antwortete: „Das ist vollkommen möglich... es ist ganz gut möglich, daß die Bauernschaft den ganzen Grund und Boden und die ganze Nacht an sich trägt.“

Wenn die Bauernschaft aufhört, durch die sozialrevolutionären und menschenwürdigen Sowjets die Regierung zu unterstützen,

„Wenn die Bauernschaft sich“ — fährt Lenin fort — „von der Bourgeoisie losreißt, den Grund und Boden, die Nacht trägt der Bourgeoisie an sich trägt, dann wird das eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution sein, von der noch die Rede sein wird.“

ariats — nicht in England, nicht in Amerika, nicht in Deutschland, sondern in einem kapitalistisch rückständigen Agrarlande nicht begriffen.

Worin liegt die Größe Lenins? Nicht nur darin, daß er die Fahne der Diktatur des Proletariats erhob, sondern darin, daß er von der Arbeiterregierung nicht nur reden, sondern sie auch aufbauen wollte. Die Größe Lenins liegt darin, daß er die Diktatur des Proletariats unter den gegebenen Bedingungen eines gegebenen Agrarlandes durchzuführen begann und zur Durchführung brachte, indem er sich stets jene realen Elemente vor Augen hielt, auf deren Grundlage man diese Diktatur nicht nur verkünden, sondern auch aufbauen kann. Gerade darum zog er noch im April 1917 eine solche Möglichkeit in Betracht, wie „eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution“ infolge eines Bruches zwischen der Bauernschaft einerseits, der provisorischen Regierung und den SR. andererseits.

„Es ist unbelannt“ — fährt er — „ob es jetzt noch in Russland eine besondere von der bürgerlichen Regierung verlangte revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft geben kann.“

Wirklich konnte man ja im April noch nicht wissen, ob es im Verlaufe der russischen Revolution einen Moment geben wird, wo die Bauernschaft die sozialrevolutionären und menschenwürdigen Sowjets im Stich läßt und sich gegen die provisorische Regierung wendet, bevor es noch zur Diktatur des Proletariats kommen könnte. Lenin, der als Realpolitiker und Massenführer mußte, daß die Politik des Proletariats unter den eigentümlichen Verhältnissen eines Bauerntandes führen, baute seine Taktik auf beiden Möglichkeiten auf:

„Sowohl für den Fall, daß Russland noch eine besondere, selbständige, der Bourgeoisie nicht untergeordnete, Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ erlebt als auch für den Fall, daß das Kleinbürgertum es nicht verstehen wird, sich von der Bourgeoisie loszulösen und zwischen ihr und dem ewig (das heißt bis zum Sozialismus) schwanken wird.“ (Gei. B. XIV.)

Ihr seht, wie Lenin die Klassenverhältnisse in der Revolution, die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft behandelt, wie er sich den Übergang von der bürgerlichen Revolution durch die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zur sozialistischen Revolution vorstellt. Lenin kam das Hineinwachsen der revolutionär-demokratischen Diktatur in die Diktatur des Proletariats gar nicht so einfach und geradlinig vor, wie es dem Schöpfer des Begriffs der „permanenten Revolution“ vorkam und bis heute noch vorkommt. Lenin wäre nicht Lenin gewesen, das heißt er wäre nicht der praktische Führer von Millionenmassen im Klassenkampf gewesen, wenn er wirklich das Rüstzeug Trozki's übernommen hätte, da die Theorie Trozki's unvermeidlich zum Zusammenbruch des Proletariats als auch der Bauernschaft hätte führen müssen. In ihrer reinen Form ist die Linie Trozki's nichts anderes als die Ignorierung der Bauernschaft, als die Ignorierung der Übergänge, während deren Verlaufes die Bauernschaft anfangs noch der regierenden Bourgeoisie vertraut, so dann von ihr enttäuscht wird und sich gegen sie wendet, aber sich noch nicht dem Proletariat anschließt und als deren letzte Etappe das Proletariat auf dem Boden des Bauerntandes die Führung der Bauernschaft übernimmt, die Diktatur verwirklicht und zwischen den Arbeitern und Bauern in verschiedenen, wechselnden Formen ein Bündnis herzustellen versucht.

Diese ganze Realpolitik der Arbeiterklasse, die einzig und allein zur Diktatur des Proletariats führen konnte, ist die Trozki ein Buch mit sieben Siegeln. Sie ist vom Standpunkt seiner Theorie, die er jetzt nachträglich der Partei und der Revolution anhängen will, vollkommen unzugänglich.

Lenin mußte sehr wohl, daß man durch das Zurückbleiben hinter dem Tempo sowohl der Revolution als auch der Partei einen großen Schaden zufügen kann. Er mußte aber auch sehr gut, daß die Unterchiebung der Bauernschaft, die dem Trozismus zugrunde liegt, die größte Gefahr für die Revolution und für die Partei bedeutet. Daher hat er gerade, als er kategorisch darauf bestand, daß man von der revolutionär-demokratischen Diktatur weiter vorwärtsschreiten soll, die Partei sehr dringend davor gewarnt, dabei ins Fahrwasser des Trozismus zu geraten.

In der gleichen Broschüre, in der Lenin gegen die alten Bolschewist polemisiert, schreibt er:

„Droht uns aber nicht die Gefahr, in Subjektivismus zu verfallen, die Gefahr, daß wir über die noch unvollständigen bürgerlich-demokratischen Revolution, die die Arbeiterbewegung noch nicht überwunden hat, hinwegzuspringen und sofort die sozialistische Revolution durchzuführen wünschen? Würde es nicht: „Abg mit dem Jaren und her mit der Arbeiterregierung“, dann würde mit diese Gefahr drohen; ich habe dies aber nicht gesagt — schreibt und untersucht Lenin — sondern ich habe etwas anderes gesagt...“

Ich habe mich in meinen Worten gegen jedes Hinwegspringen über die noch nicht überwundene bürgerliche oder überhöchst kleinbürgerliche Bewegung, gegen jedes Spiel mit der „Nachrevolution“ durch eine Arbeiterregierung geäußert.“

Und indem Lenin den angeblichen Rüstungswechsel fortsetzt, vergibt er auf der Petersburger Konferenz nicht, die Arbeiter zu warnen:

„Der Trozismus — weg mit dem Jaren und her mit der Arbeiterregierung“ — ist unrichtig. Das Kleinbürgertum (das heißt die Bauernschaft V. R.) ist vorhanden, man kann es nicht hinauswerfen.“

Ist denn das nicht eine buchstäbliche Wiederholung in der Höhe der Revolution (nach Trozki in der Höhe des Rüstungswechsels) all dessen, worin Lenin die Partei schon lange vorher gewarnt hatte? „Der Grundfehler Trozki's... ist das Fehlen eines klaren Gedankens über die Frage des Überganges von dieser (der bürgerlichen) Revolution zur sozialistischen Revolution.“ — schreibt Lenin im Jahre 1910.

Die Hauptaufgabe der revolutionären Partei besteht darin, sich über die Klassenverhältnisse in der bevorstehenden Revolution Klarheit zu verschaffen. Diese Aufgabe löst Trozki unrichtig, indem er seine im Jahre 1905 entstandene „originale“ Theorie wiederholt und nicht darüber nachdenkt, weshalb, infolge welcher Ursachen das Leben über diese vorzügliche Theorie ganz zehn Jahre lang hinwegging.

(Fortsetzung folgt)